

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 2 (1982)
Heft: 4

Artikel: Krise der Parteien - oder Krise des Staates?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652097>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Krise der Parteien – oder Krise des Staates?

In den kapitalistischen Ländern mit demokratischem Regime bestand die Rolle der Parteien, die sich gemeinsam oder in wechselnden Koalitionen in die Ausübung der politischen Macht teilten, traditionellerweise darin, divergierende gesellschaftliche Interessen zu artikulieren und diese auf einen gemeinsamen politischen Nenner zu bringen, der die Grundlage für ein möglichst repräsentatives 'Gleichgewicht des Kompromisses' zwischen den antagonistischen Klassenkräften abgeben sollte.

Die Stabilität dieses Klassenkompromisses, der durch die Übernahme keynesianisch inspirierter Wirtschaftspolitiken ökonomisch abgesichert worden war, ist seit Mitte der 60er Jahre, als die Profitraten in den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern zu sinken begannen, zunehmend in Frage gestellt. Zum einen ist mit der gleichzeitigen Zunahme von Arbeitslosigkeit und Inflation, die bei weitgehend stagnierender Produktivität einen nach wie vor ungebrochenen Aufwärtstrend aufweisen, die Perspektive einer neuen Klassenkampfkonjunktur auch in den sog. spätkapitalistischen Gesellschaften wieder in den Vordergrund getreten.

Zum anderen manifestieren die neuen sozialen Bewegungen, die auf die grundlegenden strukturellen Veränderungen dieser Gesellschaften und ihrer Kultur des Politischen reagieren, unverhüllt und nicht ohne Rationalität die Krise von Repräsentation und Konsens. Sie beginnen die Protestinhalte, die weite Teile der Bevölkerung zu ihrem Staat auf Distanz gehen lassen, aufzunehmen und politikfähig zu machen, d.h. sie in basisdemokratische Formen der politischen Aktion und Kultur zu transformieren.

Weder gelingt es diesen neuen Formen der Artikulation eines Protestes, der durch die Parteien nicht mehr absorbiert werden kann, eine politische Organisation zur Verteidigung und Durchsetzung von Klasseninteressen zu ersetzen, noch kann eine solche Organisation zum aktuellen Zeitpunkt auf Formen der Basismobilisierung zugunsten der eingespielten Form korporatistischer Interessenvermittlung verzichten.

Ausgehend von diesem politischen Hintergrund gewinnt der Beitrag von Nicos Poulantzas einen aktuellen Stellenwert. Seine Aufmerksamkeit gilt der Analyse der gegenwärtigen institutionellen Veränderungen des kapitalistischen Staates und deren Auswirkungen auf die politischen Parteien in ihrer Herstellung von 'sozialem Konsens'. Diese Rolle wird schrittweise durch einen technokratisch zunehmend perfektionierten Verwaltungsapparat usurpiert; die sogenannten Repräsentanten der politischen Parteien verselbständigen sich von ihrer Basis und werden als loyale Staatsklientele vereinnahmt. Die institutionalisierten Legitimationsprozeduren beginnen sich ihrer Kontrolle zugunsten der Verwaltung zu entziehen. Die sogenannten Volks- und Massenparteien drohen ihre Legitimationsgrundlagen zu verlieren. Durch die wachsende Einflussnahme und Kontrolle über die meinungsbilden-

den Informationsorgane eröffnen sich dem Staat zudem effizientere Kanäle, die Öffentlichkeit in seinem Interesse zu manipulieren und gegen die inneren und äusseren ‚Feinde der Nation‘ moralisch aufzurüsten. Damit einher gehen vergebliche Reformbestrebungen, die auf der verfassungsrechtlichen Ebene die Legitimationsgrundlagen staatlicher Gewaltausweitung der konzentrierten Wirtschaftsmacht, d.h. den Restrukturierungsplänen des multinationalen Kapitals, anpassen sollen. Um so notwendiger erscheinen der Ausbau des Justiz- und Polizeiapparates sowie die militär- bzw. rüstungspolitische Verstärkung der Staatssicherheit als Legitimationszwänge des kapitalistischen Staates. In diesen mehr oder weniger weit fortgeschrittenen Tendenzen innerhalb des staatlichen Machtapparates sieht Poulantzas die zentralen Merkmale eines autoritären Etatismus neuen Typs. Wie C. Buci-Glucksmann und G. Therborn (Der sozialdemokratische Staat. Die ‚Keynesianisierung‘ der Gesellschaft, 1982) im Anschluss an die letzten Arbeiten von Poulantzas feststellen, kann der autoritäre Etatismus durchaus zusammen mit Formen einer parlamentarischen Demokratie existieren, wenn die repräsentativen Formen von ihrem Volks- und Klasseninhalt gereinigt werden. Die Entparlamentarisierung der wichtigsten politischen und ökonomischen Entscheidungen verweist u.a. auf die autoritäre Matrix dieser neuen staatlichen Form, derentsprechend die ‚begrenzte Demokratie‘ funktioniert.

Kam in der klassischen Vorstellung der repräsentativen Demokratie den Parteien die Rolle eines Bindeglieds zwischen der (politischen) Gesellschaft und dem Staat zu, wird diese Verbindung im Rahmen des neuen autoritären Etatismus kurzgeschlossen und durch plesbisitär-populistische Formen der Scheinlegitimität ersetzt.

Besondere Bedeutung ist in diesem Zusammenhang hierzulande der Tatsache zuzumessen, dass die Offensive im ideologischen Klassenkampf, die seit einiger Zeit von seiten der bürgerlichen Rechten massiv betrieben wird, in erster Linie der folgenreichen Verschleierung der schleichenden Wandlungstendenzen eines in seinen institutionellen Apparaten gestärkten und in seinen demokratischen Legitimationsgrundlagen geschwächten Staates dient. So gelingt es der herrschenden Ideologie, sich das weitverbreitete Misstrauen des Bürgers gegenüber einer zunehmend undurchschaubar werdenden Staatsmaschinerie mit der Parole ‚weniger Staat‘ zunutze zu machen und ihm auf demagogische Weise ‚mehr Freiheit‘ von den bedrohlich waltenden Sachzwängen zu versprechen: die reprivatisierte Sphäre des pervertierten Bourgeois – und des neu verstaatlichten Citoyen.

Die nachstehenden Beiträge von O. Scheiben, R. Kuster und M. Peter, orientieren sich in krass widersprechender Weise an den Fragestellungen von Poulantzas. Dass diese Beiträge die theoretischen Arbeiten von Poulantzas – unabhängig voneinander – zum Bezugspunkt haben, spricht für die Relevanz dieser analytischen Problemstellungen. Unseres Erachtens wird man im Kontext dieser Beiträge die spezifische Analyse der Schweizer Verhältnisse noch genauer ins Auge zu fassen haben.

*